

## **Antrag**

**des Abg. Sebastian Cuny u. a. SPD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Staatsministeriums**

### **COVID-19-Pandemie in Burundi**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sich die COVID-19-Pandemie nach ihrer Kenntnis in Burundi 2020 und 2021 dargestellt hat;
2. wie sich die COVID-19-Pandemie nach ihrer Kenntnis aktuell in Burundi darstellt;
3. welche Hilfen sie Burundi 2020 und 2021 zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat zukommen lassen;
4. welche Hilfen sie Burundi zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie 2022 zukommen lassen wird;
5. in welcher Form sie Burundi bisher im Kontext von Impfungen gegen COVID-19 unterstützt hat;
6. wie sie die aktuelle Impfquote in Burundi beurteilt;
7. ob sie plant, Burundi 2022 mit der Bereitstellung von Impfdosen zu unterstützen;
8. welche Folgen die COVID-19-Pandemie für ihre Zusammenarbeit mit Burundi 2020 und 2021 hatte und welche Lehren sie daraus für die Zukunft und insbesondere hinsichtlich der Bewältigung der COVID-19-Pandemie zieht.

18.2.2022

Cuny, Fink, Steinhülb-Joos, Dr. Kliche-Behnke, Wahl SPD

## Begründung

Burundi ist seit mehr als 30 Jahren Partnerland Baden-Württembergs. Auch an Burundi ist dabei die seit dem Frühjahr 2020 andauernde COVID-19-Pandemie nicht vorbeigegangen. Nach Informationen des Bundesentwicklungsministeriums liegt die Coronaimpfquote in Afrika bei elf Prozent. Diese ohnehin schon sehr niedrige Quote wird dabei in Burundi nicht erreicht. Ganz im Gegenteil, Burundi stellt mit einer Impfquote von 0,1 Prozent das Schlusslicht der afrikanischen Länder dar. Dieser Antrag möchte ergründen, inwiefern Baden-Württemberg seinem Partnerland Burundi Unterstützung im Kontext der COVID-19-Pandemie zukommen lässt.

## Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 5. April 2022 Nr. III-3502 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

### *1. Wie sich die COVID-19-Pandemie nach ihrer Kenntnis in Burundi 2020 und 2021 dargestellt hat;*

Die Landesregierung hat keine eigenen Erkenntnisse und Zugänge zur Pandemielage in Burundi. In diesem Kontext lässt sie sich von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und insbesondere von deren Burundi-Kompetenz-Zentrum, das vom Staatsministerium finanziert wird, beraten. Öffentlich zugängliche Quellen ergänzen diese Einschätzungen. Allen Auskünften ist zu eigen, dass sie ihre Aussagekraft selbst stark relativieren und einschränken. Es ist zu vermuten, dass kein Akteur über ein vollumfängliches und verlässliches Lagebild zur Pandemie in Burundi verfügt. Dies vorangestellt ergibt sich für die Landesregierung folgendes Bild:

- Burundi meldete die ersten Fälle von COVID-19 Infektionen im März 2020. Die Regierung reagierte mit der Schließung der Landesgrenzen, einer Testkampagne und der Einführung von weiteren Schutzmaßnahmen. Burundis ehemaliger Präsident Pierre Nkurunziza leugnete indes die Existenz des Virus und spielte die Gefahr für die Bevölkerung signifikant herunter.
- Im Juni 2020 kam sein Nachfolger Präsident Evariste Ndayishimiye an die Macht. Er versprach stärkere Maßnahmen zur Regulierung der Ausbreitung von COVID-19 einzuführen und bezeichnete COVID-19 als den „größten Feind der Burundier“. Er versprach die Testkapazitäten auszubauen und die Preise von Wasser und Seife zu senken.
- Im September 2020 verkündete sein Gesundheitsminister das Ende der Pandemie. Dies geschah ohne weitere wissenschaftliche Belege über die aktuelle pandemische Lage.
- Burundi begann seine Impfkampagne am 18. Oktober 2021 – als zweitletztes Land auf dem afrikanischen Kontinent und drittletztes Land weltweit. Ein Grund für diesen späten Start war, dass Burundi von der Initiative COVAX als „nicht förderfähig“ betrachtet wurde und somit keine Impfdosen erhielt. Zu dieser Entscheidung beigetragen hat sicherlich auch die Ankündigung des burundischen Gesundheitsministers im Februar 2021, dass Burundi keine Coronaimpfstoffe benötige, u. a. mit dem Argument, dass sich 95 % der Patienten selbständig von der Krankheit erholten.

### *2. Wie sich die COVID-19-Pandemie nach ihrer Kenntnis aktuell in Burundi darstellt;*

Nach Presseangaben stieg die Anzahl der Infektionen in Burundi aufgrund der sich schneller ausbreitenden Covid-Variante Omikron wieder an. Dieser Anstieg der Fallzahlen kann wohl auch auf Lockerungen der nationalen Beschränkungen zurückgeführt werden. Inzwischen deuten die Zahlen auf ein Abklingen dieser Welle

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

hin. Um dennoch den Anstieg der Fälle des neuen Coronavirus einzudämmen, hat die burundische Regierung die systematische Screening-Kampagne „Ndakira, sinandura, sinanduza“ (Kirundi „Ich werde gesund, ich stecke mich nicht an, ich stecke andere nicht an“) wiederaufgenommen. Nach Aussagen des Auswärtigen Amts haben die aktuellen Coronabeschränkungen eher einen empfehlenden Charakter. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Umsetzung von Hygienekonzepten in Burundi dadurch erschwert, dass nur etwa 6 % der Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser und damit die Möglichkeit etwa zum Händereinigen haben.

*3. Welche Hilfen sie Burundi 2020 und 2021 zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat zukommen lassen;*

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung ein „Burundi-Soforthilfe-Paket“ als Programm für vorwiegend humanitäre Hilfe, das von der SEZ umgesetzt wurde, finanziell mit über 250 000 Euro ausgestattet. Damit wurden zu wesentlichen Teilen Projekte zur Bekämpfung von COVID-19 unterstützt, die im Rahmen bestehender Partnerschaftsbeziehungen umgesetzt wurden. Das waren z. B. Vorhaben zur Sensibilisierung für Schutzmaßnahmen oder die Bereitstellung von Schutzmasken für die am stärksten gefährdeten Personen.

Ferner wurden Partnerinnen und Partner gefördert, die Unterstützung nach den Flut- und Überschwemmungsereignissen leisteten, die sich in Burundi zwischen Dezember 2019 und Mai 2020 vor allem in der Region Gatumba ereignet haben und viele tausend Menschen betrafen. Hier wurde z. B. Unterstützung über den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, die Verteilung von Baustoffen und die psychologische Unterstützung der Opfer geleistet.

*4. Welche Hilfen sie Burundi zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie 2022 zukommen lassen wird;*

Die Landesregierung stellt Ressourcen für eine Unterstützung der burundischen Partner im Bereich Gesundheit im Rahmen der Förderlinie bwirkt!-Burundi und auch im Kontext der Burundi-Cluster zur Verfügung.

Wie sich diese Unterstützung konkret in diesem Jahr ausgestaltet, hängt von den entsprechenden Projektanträgen ab. Bei der Auswahl der Anträge wird darauf geachtet, dass die Projekte den Interessen und Bedürfnissen der burundischen Seite wirksam Rechnung tragen. Beide Förderlinien bieten auch Raum, um zum Beispiel die wirtschaftlichen Folgen für Burundi, die sich aus der coronabedingten Weltwirtschaftskrise ergeben, zu lindern.

*5. In welcher Form sie Burundi bisher im Kontext von Impfungen gegen COVID-19 unterstützt hat;*

Aus rechtlichen Gründen kann Baden-Württemberg keine Impfstoffe direkt an Burundi abgeben. Dies kann nur über die Bundesebene erfolgen. Der Bund gibt Impfstoffe zum einen an die internationale Covax-Initiative weiter, zum anderen auch bilateral. Baden-Württemberg hat sich auf Bundesebene für eine Berücksichtigung Burundis eingesetzt.

*6. Wie sie die aktuelle Impfquote in Burundi beurteilt;*

Laut WHO liegt die Anzahl der bereits nach Burundi gelieferten Impfstoffdosen bei 802 400 Stück – davon wurden allerdings nur 1,37 % verimpft (Stand: 22. Februar 2022). Stand 21. Februar 2022 haben 8 684 Menschen einen vollständigen Impfschutz (0,07 % der Gesamtbevölkerung und 0,12 % der Bevölkerung ab 18 Jahren). Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist die Impfquote damit deutlich zu gering.

*7. Ob sie plant, Burundi 2022 mit der Bereitstellung von Impfdosen zu unterstützen;*

Aufgrund der rechtlichen Regelung kann grundsätzlich nur die Bundesebene Impfstoffe an andere Länder weitergeben. Im Übrigen gelten die Ausführungen bei Frage 4.

8. *Welche Folgen die COVID-19-Pandemie für ihre Zusammenarbeit mit Burundi 2020 und 2021 hatte und welche Lehren sie daraus für die Zukunft und insbesondere hinsichtlich der Bewältigung der COVID-19-Pandemie zieht.*

Auf der konkreten Ebene der Partnerschaften war und ist eine große Hilfsbereitschaft zu verzeichnen. Die unkomplizierte, rasche und pragmatische Solidarität hat sich auch in den entsprechenden bwirt!-Förderlinien und Soforthilfe-Maßnahmen des Landes gezeigt. Gerade in Krisen- und Notsituationen zeigt sich, dass funktionierende Partnerschaften nicht nur ein Hort von Solidarität und Miteinander sind, sondern auch Wege darstellen, damit Hilfe schnell und ohne große Umwege dorthin kommt, wo sie konkret benötigt wird. An dieser Erfahrung wollen wir uns auch in künftigen Krisensituationen orientieren.

Hassler

Staatssekretär